

Sennegemeinde Hövelhof



Amt 2

Auszug aus der Niederschrift

Gremium: **Rat**

Sitzungstermin: 13.12.2018 - Öffentliche Sitzung -

TOP 26

Beratung und Beschlussfassung über die Entwürfe der Haushaltssatzung 2019 mit ihren Anlagen sowie der Wirtschaftspläne des "Abwasserwerks" und "Wasserwerks"
(Vorlage 145/18 vom 07.12.2018 – Amt 2)

Bürgermeister Berens ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, GR Neisens, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltrede.

„Als gewählte Vertreter der Hövelhofer Bürgerschaft haben wir in den letzten Wochen seit der Einbringung des Haushaltes viele Stunden mit dem Vorschlag des Bürgermeisters und seiner, unserer Verwaltung verbracht. Wir haben die essentiellen Zahlen bewertet, die Investitionsvorschläge geprüft und eigene Ideen diskutiert und entwickelt.

Und das sind die Fakten: Der Gesamtbetrag der Erträge beläuft sich auf 38,2 Mio. EUR, der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 39,6 Mio. EUR. Wir können auch im nächsten Jahr den Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatgemeinde stabile Steuern und Abgaben versprechen. Die Gewerbesteuer ist mit 411 % unterhalb des sogenannten fiktiven Hebesatzes von 418 %. Das ist gut für die Hövelhofer Wirtschaft, gut für die Menschen, die in den Hövelhofer Betrieben arbeiten. Der Hebesatz für die Grundsteuer B liegt mit 413 % am unteren Ende der Belastung. In anderen Kommunen hat sich in den letzten Jahren eine wahre Steuererhöhungsorgie ergeben, die die Bürger in der Spitze mit 855 % belasten. Auch in der direkten Nachbarschaft – in Bielefeld – gilt seit dem Jahr 2017 mit 660 % ein überdurchschnittlicher Satz. Wir sind gut beraten, wie auch in den letzten Jahren, die steuerliche Belastung für die Bürger und die Wirtschaft auf stabilem Niveau zu belassen.

Die finanzielle Ausstattung ist für die Bedürfnisse unserer Kommune auskömmlich gestaltet. Wie sagte noch der Prüfungsleiter Olaf Schwickardi der Gemeindeprüfungsanstalt anlässlich der Vorstellung seines Prüfberichts im Sommer dieses Jahres: „Hövelhof lebt auf einer grünen Insel“ und meinte damit nicht die politischen Verhältnisse, sondern beschrieb damit die haushaltspolitische Situation. Wir sagen auskömmlich, weil wir als Menschen, die in Hövelhof groß geworden sind, bescheidene Menschen sind. In anderen Orten höre ich „Mensch, euch geht es aber gut!“. Aber als Westfalen können wir mit diesem Lob ja wenig anfangen.

Die GPA hat uns ja viele gut gemeinte Ratschläge mit auf den Weg gegeben. Aber wir sind gut beraten, nicht jeden Vorschlag aus dem umfangreichen Werk umzusetzen. Insbesondere da, wo die Bürgerinnen und Bürger belastet werden, werden wir nicht mitspielen. Und das ist gut für Hövelhof. Das ist gut für die Menschen unserer Heimat.

Seit dem Jahr 2013 ist die Gemeinde Hövelhof abundant. Sie erhält also keine allgemeinen Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Das ist durch die hohe eigene Steuerkraft begründet. Insbesondere die Gewerbesteuer ist ein Ertragsbringer für die Finanzierung des kommunalen Haushaltes. Gleichwohl müssen wir sehr sorgfältig und kaufmännisch vorsichtig kalkulieren. In den letzten Jahren konnte die Kalkulation der wichtigsten Einnahmeposition durch Einmaleffekte aus Nachzahlungen verbessert werden. Der Ausblick auf die nahe Zukunft sollte uns aber Zurückhaltung üben lassen. Wir wissen nicht, wie sich die wirtschaftliche Lage im nächsten Jahr entwickeln will. In weltweit unsicheren Zeiten – ich nenne nur mal den Brexit – müssen wir uns in Zurückhaltung üben, neue Ausgabenwünsche kritisch prüfen und weiterhin wirtschaftlichen Lösungen den Vorzug geben. Auch bei der Grundsteuer werden durch die geplante Reform des Finanzministeriums Unsicherheiten entstehen. Wir können daher nicht empfehlen, hier die Steuerschraube nach oben oder nach unten zu drehen.

Erfreulich ist auch die Entwicklung der Schulden in den letzten Jahren: So konnten wir seit dem Jahr 2014 bis zum Ende des nächsten Jahres die Schulden um mehr als 1,8 Mio. EUR reduzieren. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird damit bei 150,63 EUR liegen. Auch das ist CDU-Politik: In guten Zeiten die Schulden reduzieren. Einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit leisten. Und Spielraum für schlechtere Zeiten gewinnen.

Wir haben im letzten Jahr unser Ziel aufgegeben, bis in das Jahr 2020 schuldenfrei zu werden. Ein ambitioniertes Ziel von Anfang an. Aber wir müssen jetzt auch notwendige Investitionen in die Infrastruktur unserer Gemeinde leisten. Wir fühlen uns trotzdem weiterhin dem Ziel verpflichtet, alte Schulden abzubauen.

Wir wissen aber auch, dass Investitionen in die Infrastruktur wichtig sind, um unsere Heimat in Zukunft noch attraktiver für die Menschen zu gestalten. Wir freuen uns auf die Neugestaltung unseres Ortskerns. Es sieht doch richtig gut aus in der Einkaufsstraße und in der Straße Zur Post. Und wie gut gelungen sieht doch die Gestaltung des Parkplatzes am Schlossgarten aus. Und im nächsten Jahr wird der neugestaltete Schlossgarten, der neue Henkenplatz und auch die grundsanierte Schlossstraße und die Sennestraße uns erfreuen lassen. Bis dahin wird das noch einmal für viele Menschen eine Belastung bedeuten. Daher bitten wir die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde noch einmal um Verständnis und Geduld.

Wir werden uns im Jahr 2019 weiter mit der Zukunft des Hallenbades beschäftigen und sicher auch einige Schritte weiter sein bei der Planung des Umbaus des Feuerwehrgerätehauses. Wir wissen, dass das Bauamt mit all den Maßnahmen ein dickes Aufgabenheft vor sich hat. Es ist richtig, das Bauamt mit weiterem Personal zu verstärken und wir stehen uneingeschränkt hinter dem Vorschlag des Stellenplanes. Für alle Mitarbeiter des Bauamtes bedanken wir uns stellvertretend bei Andreas Markgraf.

2019 wird aber auch das Jahr sein, in dem wir mit ersten großen Zukunftsinvestitionen in das digitale Zeitalter einsteigen werden. Wir werden nicht nur die Außenbereiche an das Gigabit-Netz in den nächsten Jahren anschließen, sondern auch ein Grundnetz schaffen, an dem sich viele Menschen auch dann an das Glasfasernetz anschließen können, wenn sie nicht direkt von der Bundesförderung mit einem FTTH-Anschluss profitieren können. Wir sind sehr froh, dass der Kreis Paderborn dieses Thema schon seit vielen Jahren begleitet und bereits im Jahr 2014 den Masterplan Glasfaser erarbeitet hat. Und dass es dank seiner Initiative auch möglich ist, das neue Netz als „open access“ zu errichten. Für die Innenbereiche werden wieder die Marktanbieter gefordert sein. Wenn die Deutsche Glasfaser, die in vielen anderen Orten bereits aktiv geworden ist, auch in Hövelhof einen Markt erkennt, würde ich

jedem Hövelhofer raten, dann auch zuzugreifen. Auch wenn aus heutiger Sicht vielleicht eine Versorgung mit 30, 40 oder 50 Mbit/S ausreichend erscheint, so werden zukünftige Technologien höhere Bandbreiten erfordern. Und die gehen nicht über das Vectoring, sondern werden sich nur mit Glasfaser darstellen lassen. Und damit schaffen wir auch die Voraussetzungen im Boden für die Verbesserung des Mobilfunknetzes.

In der letzten Sitzung des ABJ haben wir uns auch über die zukünftige Ausstattung der Schulen mit IT-Ausstattung unterhalten. Ein wichtiger Schritt für die Schulen, aber auch für die Gemeinde. Gemeinsam mit den Lehrern hat Thorsten Langemeier ein Konzept erstellt, dass eine zukunftsfähige Lösung für das Lernen im digitalen Zeitalter vorweist. Wir werden in die neue Ausstattung mit Großbildschirmen, iPads und anderen Tablets sowie WLAN-Zugängen in den nächsten Jahren erhebliche Mittel investieren. Aber das ist es uns wert. Und im Übrigen beweist es uns zwei Tatsachen: Erstens: wir haben im Rathaus Kompetenz für das Thema, auch ohne externen Konzeptionierer und Zweitens: Wir investieren auch in Zukunft in die Hauptschule und in die Realschule, weil wir weiterhin an diese Schulsysteme glauben. Damit wird Hövelhof weiterhin ganz vorn im Kreis Paderborn bleiben.

Das ist es, was die Menschen von uns erwarten – die Lösung von Problemen oder die Verbesserung der Bedingungen ihres Lebensumfeldes. Daran arbeiten die Mitglieder der CDU-Fraktion jeden Tag. In ihrer Freizeit. Ehrenamtlich, mit einer kleinen Aufwandsentschädigung. Hier sind keine Berufspolitiker vertreten. Sondern Menschen mitten aus unserer Gesellschaft. Und wir alle treffen jeden Tag Menschen aus unserer Gemeinde, sprechen mit ihnen, und ja, auch ab und an über die Ortspolitik. Wir haben eine tiefe Verwurzelung in unserer Heimatgemeinde. Einige von uns sind hier geboren, die meisten hier aufgewachsen.

Hövelhof ist eine Gemeinde von Anpackern. Die Menschen greifen ins Rad, helfen, engagieren sich. Wir sind keine Schlafstadt zwischen Bielefeld und Paderborn. Kein verschlafenes Nest. Sondern eine aktive Gemeinde. Mit aktiven Leuten. Die Entscheidungen treffen können, ohne für jede Frage ein Konzept erarbeitet zu haben. Auch wenn das bei gewissen Vertretern anderer Parteien Kopfschütteln erzeugen mag - so ist das eben hier. Menschen, die sich im Ehrenamt engagieren. Die einen wertvollen Beitrag für die Menschen leisten. Im Sportverein, im Schützenverein, dem Musikverein, der Feuerwehr und vielen anderen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen. Da spielt das Leben. Deshalb gilt diesen Menschen mein Dank und meine Anerkennung.

Im Laufe dieses Jahres haben wir hier im Ratsrund eine bislang nie gekannte Eskalation erleben müssen. Lautstarke Zwischenrufe, die die Mitglieder des Rates an ihren Wortäußerungen hindern sollen. Verbal- und moralaggressive Äußerungen. Aufstellung unbewiesener Behauptungen. Das irritiert nicht nur mich, das macht nicht nur die Mitglieder unserer Fraktion betroffen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinde. Mit welchem Bild wollen wir als gewählte Vertreter der Bürgerschaft gegenüber nach außen hin auftreten? Wollen wir um die besten Ideen ringen oder einen Wettbewerb um die lautesten Wortäußerungen gewinnen? Geht es Ihnen um ihre Partei? Oder suchen sie nur die größte Schlagzeile in der Tagespresse?

Sie scheinen nicht das Beste für alle zu suchen, nicht Wahrheit, nicht Gerechtigkeit, sondern nur geeignete Mittel, ihre parteipolitischen Interessen als das Allgemeine und ihre Anträge als die einzig Richtigen darzustellen. Ihre Diskussionstaktik: Ausfälle, Gegenangriffe, unbewiesene Behauptungen. Ihre Methode: alles zum eigenen Nutzen und zum Schaden der Opponenten interpretieren, um im Streit die eigene Position zu behaupten und nicht nachgeben zu müssen. Ihr Ziel: nicht der konstruktive Dialog, nicht die friedliche Koexistenz, sondern eine durch permanente Provokation geschürte Feindseligkeit gegenüber allem, was aus ihrer Sicht anders ist, plakative Streitbarkeit als Ausdruck des Protests gegen vermeintliche Missstände, und propagandistisches Auftreten bei der Durchsetzung und Ausführung ihres Willens.

Der Gemeinderat ist aber keine Talkshow. Wir hören Ihren Beiträgen zu, versuchen ihre Argumente nachzuvollziehen. Der Gemeinderat ist kein Parlament, kein Legislativorgan. Die Politikwissenschaft weist dem Gemeinderat die Rolle der Exekutive als Teil der gesamten Gemeindeverwaltung zu. Ja, es ist richtig, wir ahmen parlamentarische Gebräuche nach und reichen Anträge ein, diskutieren diese auch mit dem jeweils unterschiedlichen Blick der jeweiligen politischen Herkunft. Das ist auch in Ordnung. Demokratie lebt von Ideen. Lebt von der Debatte. Aber lassen Sie uns bitte fair bleiben. Wer austeilt, muss auch einstecken können. Auch ich weiß das. Auch ich habe hier schon mal Dinge gesagt, die ich heute nicht mehr wiederholen würde. Und die ich bedauere. Ich habe gelernt und werde weiter lernen. Wann lernen Sie? Wann werden Sie Dinge bedauern?

Wir fühlen uns weiterhin der Sache verpflichtet. Weil wir uns unserer Heimat verbunden fühlen. Und wir sind gesprächsbereit. Zur Demokratie gehört es auch, den Kompromiss zu suchen. Zu akzeptieren, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Partei in Wahlen das Vertrauen geschenkt hat. Und selber bereit sein für Kompromisse, um die besten Lösungen für unsere Heimat zu finden. Gerne rufe ich zwei Beispiele in Erinnerung: Wir haben gemeinsam mit der SPD einen Antrag zum Thema Verkehr in der Schlossstraße geschlossen. Wir haben mit Jörg Schlüter von den Grünen im BUA einen Kompromiss zum Thema Regenerative Energie auf kommunalen Dächern geschlossen. Und mussten leider erleben, dass in der Ratssitzung dieser Kompromiss von zwei anderen Fraktionsangehörigen abgelehnt worden ist. Trotzdem werden wir weiter offen für Gespräche sein. Weil wir uns der Sache verpflichtet fühlen. Ich bin mir sehr sicher, dass sich die Menschen aus der Senne diesen Weg wünschen. Und den Weg des Polterns nicht honorieren werden.

Wir tragen den Haushalt, seine Vorschläge, die Satzung und die Steuersätze nach den intensiven Beratungen mit und empfehlen Ihnen ebenfalls die Annahme.

Wir möchten uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, im Rathaus, auf dem Bauhof, in den Kitas und den Schulen bedanken. Wir wissen ihren Dienst für unsere Heimatgemeinde sehr zu schätzen. Wir wünschen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein spannendes Jahr 2019!

Die heutige Weihnachtssammlung des Gemeinderates geht an die Hövelhofer Initiative "Wasser für Labgar". Ein gutes Projekt, das wir aus Herzen unterstützen. Ich bitte die Verwaltung, das Sammelkörbchen umgehen zu lassen."

Es folgt die Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, GR Schäfer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Gäste und Vertreter der Presse

Die Demut ist der jungen Ehrsucht Leiter. / Wer sie hinanklimmt, kehrt den Blick ihr zu. / Doch hat er erst die höchste Spross' erreicht, / dann kehret er der Leiter seinen Rücken, / schaut himmelan, verschmäht die niederen Tritte, / die ihn hinaufgebracht. William Shakespeare

Oder für die verehrten Kollegen der christlichen Union vielleicht interessanter:

Seid eines Sinnes untereinander. Trachtet nicht nach hohen Dingen, sondern haltet euch zu den niedrigen. Haltet euch nicht selbst für klug.

Römer 12:16

Das findet man in der Bibel unter dem Begriff „Demut“. Der Begriff kommt aus dem Altdeutschen und bedeutet „dienstwillig“, „in der Gesinnung eines Dienenden“, gegenüber den Menschen und seinem Souverän. In unserem Fall: der Bevölkerung. Mit diesem Wort überschreibe ich die diesjährige Haushaltsrede für die SPD-Fraktion.

Warum ausgerechnet dieser Begriff?

Weil die diesjährigen Haushaltsberatungen wieder einmal gezeigt haben, wie schnell man die Demut vergisst, gegenüber Menschen und ihren Taten, gegenüber den Einwohnern und besonders gegenüber sich selbst, indem man sich für besser hält.

Selbstverständlich werde ich das gerne an einigen aktuellen Beispielen erläutern. Auch wenn ich mich bemühe, in diesem Jahr etwas schneller fertig zu werden. Zu Gunsten des Grünkohls.

Ich beginne kurz und präzise mit den einfachen Punkten zum Haushalt und zum Jahr 2018. Das Hallenbad. Diese Debatte wird sicherlich viel Raum im Jahr 2019 einnehmen. Die SPD-Fraktion nimmt hier eine sehr deutliche Position ein. Bei entsprechenden Fördermitteln ist die SPD-Fraktion konsequent für einen Neubau in einer mittleren Dimension unter Einbeziehung einer Neuplanung des gesamten Areals. Eine ständige Aufrechterhaltung des Status Quo bei dem derzeitigen Stand der Erkenntnis, scheint eher gewagtes Unterfangen zu sein. Aber auch einem überdimensionierten Spaßbad, erteilt die SPD-Fraktion an dieser Stelle bereits eine deutliche Absage.

Das Ortskernkonzept und der Hövelmarkt: In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes **2018** hat der Bürgermeister gesagt, wir sollen uns in diesem Jahr Zeit nehmen den Hövelmarkt **in Ruhe** zu planen. Stattdessen hätte uns die Hövelmarktplanung beinahe überrumpelt, wenn die SPD-Fraktion nicht einen außerordentlichen BUA dafür beantragt hätte. Vielleicht werden wir jetzt 2019 etwas frühzeitiger involviert.

Der Haushalt 2018 als Ganzes ist fachlich nicht zu beanstanden. Die SPD-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorarbeit sowie die gute Begleitung bei den Haushaltsberatungen und wird dem Haushalt zustimmen.

Das waren die einfachen Punkte. Jetzt wird es etwas komplizierter.

Wie auch in den vergangenen Jahren stimmt die SPD-Fraktion mit dem Haushalt auch den Planungen für die Folgejahre zu. Nicht einfach, weil sie mit in dem dicken Buch stehen, sondern weil wir diese Planung für gut und richtig für unsere liebenswerte Sennegemeinde halten.

Denn wir befolgen in diesem Land Gesetze und Verordnungen. Das schließt auch § 84 der Gemeindeordnung NRW mit ein, in dem es ganz deutlich heißt: „Die Gemeinde **hat** ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung **zu Grunde zu legen** und in den Haushaltsplan **inzubeziehen**.“

Das bedeutet eben nicht, dass ein Haushaltsplan nur für ein Jahr aufgestellt wird und der Rest wird grob geschätzt. Sondern es ist gelinde gesagt falsch, **anzunehmen**, dass 2020 ein tolles Jahr wird und wir daher 2019 schon mal ordentlich Geld ausgeben können, sondern der **Gesamtplan** muss stimmig sein. Gegebenenfalls konservativ gerechnet stimmig.

Im HFA wurden die Abweichungen der vergangenen Jahre detailliert aufgelistet. Da zeigt sich in der Tat, dass der Haushalt immer sehr negativ **geplant** und dann sehr positiv **abgeschlossen** wurde. Das mag für die Liquidität natürlich gut sein, liest sich auch hervorragend beim Jahresabschluss, aber für eine langfristige Finanzplanung ist es verheerend.

Wir Ratsmitglieder bekommen von der Verwaltung einen Plan über mehrere Jahre vorgelegt und entscheiden über die Höhe der Investitionen im Jahr 2019 auch auf der Basis des Versprechens, dass 2020 ein positiver Haushaltsabschluss erwartet wird. Darauf basieren unter anderem unsere Ja-Stimmen.

Für den vorliegenden Haushalt hat sich wieder einmal gezeigt, wie wenig darauf Verlass ist. Der Bürgermeister hat uns im vergangenen Jahr vorgeschwärmt, wie viel wir im Jahr 2018 investieren können, denn 2019 ist mit gut 600.000€ Überschuss geplant. Davon war jetzt nichts mehr zu hören. Herr Berens, Sie haben in diesem Jahr erneut eine ähnliche Rede gehalten wie vor einem Jahr. Diesmal sollen wir 2019 viel investieren und ab 2020 wird dann alles gut. Diese identische Abfolge in zwei Jahren ist die Basis der Kritik der SPD-Fraktion am Haushaltsentwurf.

Der Haushalt 2018 war nicht nur ein Zahlenwerk. Er war auch eine Zielvereinbarung nach Gemeindeordnung. Wir haben diese Zielvereinbarung abgesegnet und sie wurde nicht eingehalten.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch. Die Nichterreicherung des eigentlich geplanten positiven Ansatzes für das Jahr 2019 ist **nicht** die Schuld der

Verwaltung. Diese negativen Zahlen haben gute Gründe, die wir akzeptieren und daher auch diesem Haushalt zustimmen. Aber er zeigt etwas anderes. Die fehlende Demut vor dem Rat und seinen ehrenamtlichen Mitgliedern. Wenn eine solche Zielvereinbarung gebrochen werden muss, dann erwarte ich hier einen Verwaltungsleiter, der auch einmal sagt: „Wir konnten unser Versprechen aus den und den Gründen nicht einhalten, tut uns leid.“ Aber nichts. Wieder große Freude über die vielen Investitionen, wieder ein Versprechen für das kommende Jahr schwarze Zahlen zu schreiben. Wieder ein Loblied, aber keine Demut. Hier würden wir uns für die Zukunft wünschen, dass die Verwaltung bereits zur Jahresmitte den Rat darüber informiert, dass absehbar ist, dass die eigenen Zielvorgaben aufgrund aktueller Entwicklungen voraussichtlich nicht zu halten sind.

Demut an der Stelle auch gegenüber dem Souverän - der Bevölkerung der Sennegemeinde Hövelhof.

Ich darf noch einmal die Gemeindeordnung zitieren. §40.

(1) Die Verwaltung der Gemeinde wird **ausschließlich** durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt.

(2) Die Bürgerschaft wird durch den Rat **und** den Bürgermeister vertreten.

Ob es dem Willen der Bürgerschaft entspricht, von Jahr zu Jahr neu zu planen anstatt ein belastbares Grundkonzept zu haben, das auch eintritt, das darf bezweifelt werden. Die SPD-Fraktion legt der Verwaltung daher nah, nicht nur den aktuellen Haushalt, sondern auch die Folgejahre durchaus konservativer zu planen. Auch wenn dies negative Ergebnisse bedeutet. Damit kommen wir der Realität vielleicht etwas näher. Die SPD-Fraktion misst die Verwaltung weniger an der Zahl, die unterm Strich steht, sondern eher an der Kontinuität der Planung. Damit dann Rat und Bürgermeister tatsächlich gemeinsam, bei gleichem Kenntnisstand, die Bürgerschaft vertreten können.

Auch wenn die Kritik am Bürgermeister traditionell genau hierher gehört, ist mir das Thema „Demit“ nicht aufgrund seines Verhaltens eingefallen.

Herr Berens, Sie haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes den Rat zu mehr menschlichem Miteinander aufgefordert. Eine Forderung, die ich an dieser Stelle in den letzten drei Jahren bereits erhoben habe. Und ich persönlich, für meine Person, als Ausschuss- und Fraktionsvorsitzender, muss in diesem Jahr rekapitulieren, dass die Informationsverteilung, wenn auch nicht in jedem Fall, siehe Kreismusikschule, und auch die persönlichen Ansprachen durch den Bürgermeister im Jahr 2018 wieder deutlich besser funktioniert haben. Diese Meinung mögen nicht alle im Saal teilen, aber das deckt sich mit Ihrer Aufforderung zu mehr persönlichem Respekt und Zusammenarbeit. Bei aller vorgenannten Kritik muss man an dieser Stelle auch den Respekt haben, dafür einen ehrlichen Dank auszusprechen. Und der gilt an dieser Stelle natürlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die wieder sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2018.

Nein, das Thema „Demit“ kam mir beim Verfassen dieser Zeilen aus anderen Gründen in den Sinn.

Da war in diesem Jahr die Äußerung der CDU, dass der Rat aus dem geballten Sachverstand der Gemeinde Hövelhof besteht. Dies wäre zumindest in der CDU so und es stünde ja allen Fraktionen frei sich entsprechend aufzustellen. Ansonsten könne man ruhig auf den Sachverstand der CDU-Fraktion vertrauen. Das hat mit Demut nichts mehr zu tun. Das ist das Hochmut.

Dieser Rat wird nicht nach beruflichen Qualifikationen aufgestellt, sondern von der Bürgerschaft gewählt. Wenn die CDU-Fraktion aber sämtlichen Sachverstand der Gemeinde Hövelhof mitbringt, darf ich Sie doch auffordern, das Wohl der Gemeinde Hövelhof, auf das Sie vereidigt sind, tatsächlich und praktisch im Blick zu haben.

Warum muss die Gemeinde Hövelhof dann zum Beispiel für die neue Friedhofsgebührensatzung ein externes Büro zu Hilfe nehmen? Oder müssen Planungsbüros die Ortsdurchfahrt planen? Das kann Ihre Fraktion doch dann sicherlich ehrenamtlich anbieten. Ich darf an das Bibelzitat vom Anfang meiner Rede verweisen. „Haltet Euch nicht selbst für klug“.

Dann hatten wir in diesem Jahr eine Abwandlung des letztjährigen Weihnachtsspektakels. Im vergangenen Jahr hat es die CDU fertiggebracht, sämtliche termingerechten Anträge der

Opposition erst zwei Tage vor der Ratssitzung zu diskutieren und damit die parlamentarische Rolle der Ausschüsse missachtet. Die SPD-Fraktion hat das vergangene Jahr zu Recht kritisiert. Sie scheinen in der Tat lernfähig zu sein. In diesem Jahr haben Sie es geschafft unsere Anträge zu beraten und sich eine Meinung zu bilden. Dafür unseren Dank. Dabei haben Sie allerdings irgendwie übersehen Ihre eigenen Ideen abschließend zu beraten. Somit berät dieser Rat heute das erste Mal über die meisten Ihrer Anträge, da sie wieder einmal nicht fristgerecht zu den Ausschüssen eingereicht wurden. Vielen Dank für die intensive Beratungszeit die Sie den anderen Fraktionen gewähren.

Sie beweisen erneut, dass Sie die Ausschüsse und ihre Rolle in einer parlamentarischen Demokratie nicht ernst nehmen oder nicht kennen. Heute wird es wieder ein langer Abend werden, und wieder hat die CDU das absichtlich und bewusst durch diese Verspätungen in Kauf genommen. Die SPD-Fraktion empfiehlt Ihnen sehr dringend, entweder einmal Kurse im Organisationsmanagement zu besuchen oder einfach einmal Ihre Mehrheit zu nutzen, um den Haushalt ein oder zwei Wochen früher einbringen zu lassen. Dann schaffen Sie es vielleicht endlich auch fristgerecht zu handeln. Demut an dieser Stelle nicht nur vor den anderen Ratsmitgliedern und ihrer Arbeit, sondern auch vor Michael Kersting und seinem hervorragenden Grünkohlteam.

Dann war da der HFA mit dem Hinweis, dass die Oppositionsfraktionen eine Prämie für die Gründung eines Personalrates aussetzen wollten. Geht es noch tiefer?

Ja, geht es. Bei der Debatte zum geschichtlichen Rundweg wurde geäußert, dass dieser Antrag „wertlos“ sei. Eine Bezeichnung, die ich niemals für ein Papier nutzen würde, an dem sich ehrenamtlich tätige Menschen der Gemeinde beteiligt haben.

„Wertlos ist das, was wertlos gemacht wird.“ Dieses anonyme Zitat sagt viel über die gefühlte Wertschätzung gegenüber den Antragstellern aus.

Es mag Anträge geben, die nachträglich überflüssig oder vielleicht auch nicht abschließend durchdacht sind. Die CDU hat selbst vor einer Woche einen davon zurückgezogen. Ich habe immer gesagt, dass ich bei keinem Mitglied dieses Rates daran zweifle, dass er oder sie das Beste für die Gemeinde Hövelhof im Sinn hat. Wir haben nur unterschiedliche Auffassungen, was das Beste für Hövelhof ist.

Das muss die CDU immer noch lernen. Wenn Sie alle Ideen, die an den Rat herangetragen werden, daraufhin prüfen wollen, ob er für **Sie** von Nutzen ist, dann ist hier sehr vieles wertlos. Das ist aber nicht die Idee eines Gemeinderates. Sondern die Ideen aller sollen diskutiert und die besten umgesetzt werden. Grundgedanke jeden Brainstormings. Jeder Gedanke zählt.

Ich hoffe, der Kollege Westhof bleibt so selbstständig, seine eigenen Ideen zum Thema Wanderwege auch ohne Beauftragung des Rates weiter im Blick zu haben. Die Unterstützung der SPD-Fraktion ist ihm sicher.

Wenn wir so arbeiten würden wie Sie an manchen Stellen, wäre auch Ihr Antrag zur Fortführung des Klimaschutzkonzeptes vollkommen wertlos. Denn das integrierte Klimaschutzkonzept aus dem Grünenantrag ist viel weitergehend und klimatisch sinnvoller. Aber auch in Ihrem Antrag steckt viel Arbeit, viel Engagement und viel Herzblut. Der ist also nicht wertlos, sondern leider nur für uns nicht weitgehend genug. Aber um Ihnen zu zeigen wie es richtig geht: Unseren Respekt für Ihren Aufwand. Ohne die Alternative des Grünenantrages hätten wir dem wahrscheinlich zugestimmt.

Ich gehe an dieser Stelle sogar davon aus, dass Ihre Wortwahl nicht beabsichtigt war. Doch wie bringen wir es schon unseren Kindern bei: „Sind Worte einmal gefallen, können sie nicht zurückgenommen werden.“ Das gilt in der Politik ganz besonders.

Darauf allerdings hat die CDU kein Monopol. Auch wenn der Gesamtton im Jahr 2018 deutlich angenehmer geworden ist, gibt es auch aus unserer Sicht hier noch deutliches Verbesserungspotential quer durch den gesamten Gemeinderat. Insbesondere auch was die Einhaltung der Geschäftsordnung angeht. Stichwort: Unterbrechungen und auch persönliche Angriffe.

Ich fürchte nur, bis sich dieser Rat 2020 menschlich gefunden hat, dürfen Sie von vorne anfangen. Dann allerdings ohne meine ermahnenen Worte an dieser Stelle.

Ich möchte daher zum Ende meiner Ausführungen, und als Brückenbau, tatsächlich mit einem Zitat des Bürgermeisters enden, und das dürfte eine Premiere sein:

Er sagte: „Ich darf Sie daher bitten, das Miteinander in unserem Wirken wieder mehr in den Vordergrund zu rücken! Verwaltung und Rat gehören in der Kommunalverfassung zusammen und sind keine unterschiedlichen Pole! ... und darf Sie einladen, gemeinsam an einer strahlenden Zukunft Hövelhofs und einem guten äußeren Erscheinungsbild zu arbeiten!“

In diesem Sinne wünscht die SPD-Fraktion allen Kolleginnen und Kollegen des Rates, allen Einwohnern der Sennegemeinde Hövelhof, allen Gästen und allen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, schöne Feiertage, einen guten Rutsch ins Jahr 2019 und spannende, faire Debatten im kommenden Jahr.

Vielen Dank“

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält ihr Fraktionsvorsitzender GR Praschan folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren dieses Gemeinderates,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer dieser Ratssitzung,

wie in den letzten Jahren zuvor, und das ist jetzt keine Anfangsfloskel, danke ich zuerst wieder allen, die sich ehrenamtlich in Hövelhof engagieren. Ich könnte jetzt viele aufzählen, aber um keinen zu vergessen, gilt mein Dank allen Hövelhofer und Hövelhoferinnen.

5 Themen werde ich in meiner diesjährigen Haushaltsrede behandeln. Diese sind:

- 1. Warum stimmen wir Grüne dem Haushalt nicht zu**
- 2. Die katastrophale Personalpolitik und Personalführung des Bürgermeisters am Beispiel des Bauamtes**
- 3. Umgang mit dem Thema Flüchtlinge in Hövelhof**
- 4. Grüne Anträge und Parkplätze**
- 5. Zustand der Straßen**

Fangen wir mit dem Punkt 1 an, warum stimmen wir dem Haushalt nicht zu und lehnen diesen ab.

Ein wesentlicher Punkt ist mal wieder die Ablehnung des Klimaschutzkonzeptes.

Wie schon letztes Jahr ist wieder das Klimaschutzkonzept abgelehnt worden. Warum? Ich kann es ich verstehen, warum da nicht etwas getan wird. Schauen wir in andere Kommunen, z.B. nicht weit in die Stadt Rietberg, so ist dort so etwas längst durchgeführt worden. Es gibt eine Klimaschutzmanagerin und der Bürgermeister fährt mittlerweile ein E-Auto.

Gut, der Bürgermeister in Rietberg ist parteilos, dadurch fällt ihm bestimmt einiges leichter. Im Haushalt der Gemeinde Hövelhof ist viel zu wenig, wenn nicht gar nichts zu diesem Thema zu finden. Die CDU samt Bürgermeister tritt das Thema weiterhin mit Füßen. Auch der Antrag über die Fortschreibung des bestehenden Konzeptes, welches nur die behördlichen Dinge betrachtet, kann da nicht drüber hinwegtäuschen.

Also, wie immer kein Klimaschutz.

Wie immer kein Geld für einen Personalrat. Es gibt gar keinen, das ist einzigartig in OWL. Traurig. Scheinbar bewegt sich jetzt ja etwas, aber da hätte der Bürgermeister schon längst drauf hinwirken müssen. Nichts ist geschehen.

Erst nachdem die gesamte Opposition eine kleine Veranstaltung durchgeführt hat. Da ist es scheinbar dann doch eine zu offene Flanke gewesen.

Aber, da es ja eine Mitarbeiterversammlung endlich gegeben hat, im Einladungsschreiben hat gestanden, aufgrund der Aktion der Oppositionsparteien. Jetzt kommt es hoffentlich doch zu einer Aufstellung des Personalrates. Ich würde mich freuen.

Wie immer viel zu wenig für die Integration der Flüchtlinge, komme ich später nochmal zu. Und wie immer, immer noch ein zu kleines Budget für die Straßen der Gemeinde Hövelhof. Es wurde vergrößert, aber wird bestimmt nicht ausreichen.

Und wie immer lehnen wir diesen Haushalt ab.

Nun kommt mein Punkt 2 die katastrophale Personalpolitik und Personalführung des Bürgermeisters am Beispiel des Bauamtes!

In den Jahren 2017 und 2018 sind 3 Ingenieure des Bauamtes von sich selbst gegangen bzw. haben selbst gekündigt.

3 Ingenieure und auch eine Verwaltungsfachkraft! Alle 4 sehr erfahren, alle vier Hövelhofer, alle vier, besonders die 3 Ingenieure fuhrten mit dem Fahrrad zur Arbeit.

Nun, warum sind die gegangen?

Nicht wegen des Geldes, wie Ihnen liebe CDU der Bürgermeister weiß gemacht hat.

Der erste ist mit 60 Jahren zur Stadt Paderborn gewechselt, mit 60. Für vielleicht 4 Jahre noch. Der zweite ist zurück in die Industrie gegangen, die dritte zur Stadt Rietberg. Die 4. ist innerhalb der Gemeinde in ein anderes Amt gewechselt.

Was sind die Gründe?

Das Geld, wie ihnen der Bürgermeister weismachen wollte?

Nein, es ist Arbeitsüberlastung, zahlreiche Überstunden, mangelhafte Personalführung, kein Vertrauen in die Mitarbeiter und und und. Alle 4 wären noch da, wenn der Bürgermeister nicht Berens heißen würde. Sie brauchen nur mal irgendwen in der Bürgerschaft anzusprechen, viele wissen Bescheid.

Immer wieder wurde angesprochen, dass eine Überlastung da gewesen ist. Jetzt, nachdem alle 4 weg sind, da stellen sie endlich eine weitere Kraft ein und suchen sogar noch einen zusätzlichen Stadtplaner. Erst jetzt? Erst jetzt haben Sie reagiert?

Nun, nach langer Zeit haben Sie reagiert und stellen eine weitere Ingenieurin ein. Statt die Stellenanzeige auch in der Zeitung zu veröffentlichen haben sie das nur auf dem Portal Interamt veröffentlicht. Warum? Das es keiner mitbekommt?

Das schlimme ist, das alles kostet den Steuerzahler viel Geld. Die Nachfolger müssen eingearbeitet werden, es dauert oft bis zu einem Jahr bis ein Nachfolger auf dem gleichen Level ist. Zudem haben Sie einfach viele Jahre Erfahrung einfach so weggeschmissen. Kein Wunder, dass so viel der Bauprojekte aus 2018 in 2019 verschoben wurden.

Sie, Herr Berens, haben der Gemeinde mit dieser Personalpolitik viel Geld gekostet, viel Geld.

Und ich habe nur vom Bauamt geredet. Das ist bestimmt nur die Spitze vom Eisberg.

Ich stelle mir mal vor, so etwas würde in der freien Wirtschaft geschehen. In meiner Abteilung Vertrieb und Beratung würden 3 von 5 Ingenieure gehen, da wäre eine Katastrophe für meine Firma. Aber, da es ja eine Behörde ist, fällt es ja kaum auf.

Punkt 3, Umgang mit dem Thema Flüchtlinge in Hövelhof

Na endlich wurde unserem Antrag stattgegeben und eine halbe Stelle für die Flüchtlingsarbeit und Integration geschaffen. Frau Schäfers Schlichting konnte scheinbar ihre Aussage, alles ist gut in Hövelhof, nicht mehr halten.

Warum nicht eine ganze Stelle? Laut Aussage des neuen Mitarbeiters in der Zeitung wird es eng. Sie bekommen Geld vom Land und Bund und setzen es nicht dafür ein, völlig unverständlich.

Völlig unverständlich aber für mich auch, dass weder die Rot grüne Landesregierung in NRW zuvor als auch die neue schwarz Gelbe Regierung in NRW solche Gelder nicht zweckgebunden ausschüttet. So versickern die im Haushalt, wenn der Wille nicht da ist. Und das ist er in Hövelhof nicht. Dabei ist die Integration so wichtig, für alle.

Zudem haben Sie versäumt ein Zeichen für die Seenotrettung zu setzen. Das ist nur ein Zeichen gewesen, mehr nicht. Der Kollege Lappe fing seine Rede dazu an, mit Moral usw. und ich dachte schon, die CDU stimmt zu. Aber, sehr überraschend am Ende dann ein nein zu einem Antrag.

Genau das ist die Doppelmoral der CDU. Wofür das christliche im Namen steht, dass fragen sich schon lange viele Bürger und Bürgerinnen im Land.

4. Grüne Anträge und Parkplätze

Da bin ich ja wirklich überrascht gewesen. Die CDU ändert bzw. diskutiert mal eine Planung, die ihr die Verwaltung bzw. der Bürgermeister vorlegt. Scheinbar endlich mal ein wenig nachgedacht, ob Parkplätze sinnvoll sind auf dem Hövelmarkt.

Unser Antrag mit dem schon oft angesprochenen Parkplatzkonzept wurde leider nicht genehmigt. So beruht alles auf Bauchgefühle. Das Bauchgefühl vom Bauamtsleiter, dass vom Bürgermeister, dass von Herrn Neisens usw. Das von Herrn Neisens haben wir letzte Woche im HFA gehört, Parkplätze sind wichtig, auch für die Zukunft.

Öffentlicher Nahverkehr, sogar kostenlos?

Unwichtig. Seine Meinung ist die vor 10 Jahren. Er ist stehengeblieben.

Die von Ihnen, liebe CDU, angedachte Bürgerbeteiligung kann jetzt auch nicht mehr über die Anzahl der Parkplätze entscheiden.

Die Anzahl der Parkplätze wurde aus meiner Sicht willkürlich festgelegt. Sie ist jetzt festgelegt.

Übrigens, im Schlosspark ist der Parkplatz aus meinem Bauchgefühl viel, viel zu groß.

Das gilt auch für das E Center, wo Sie versäumt haben, auch dort ein Zeichen zu setzen. Dass Haus am Kreisel wegen Parkplätzen abzureißen verändert das Stadtbild kolossal. Auch generell dem Investor ein wenig Auflagen zu machen, z.B. der 1,5 m Grünstreifen drum herum zu verbreitern, Bäume auf dem Parkplatz zu Pflanzen vorzugeben etc., das haben Sie versäumt, wie immer. Alles für den Investor. Ich könnte jetzt mal wieder das Beispiel bringen mit dem weißen Haus, dass völlig fehlgeplant zwischen China Restaurant und Fahrradhändler steht, aber da verzichte ich heute drauf.

Dann sagt auch noch der Verkehrsverein, dass andere Einzelhändler von dem großen E-Center profitieren.

Das ist scheinbar auch ihre Meinung.

Ich prophezeie, dass durch das größere Warenangebot im großen Elli Center andere Einzelhändler das Nachsehen haben. Aber auch das, nur Baugesühl.

Einen grünen Antrag zum Thema Blühwiesen konnten sie auch so nicht durchgehen lassen, sondern haben ihn umgedreht und dann beschlossen, als CDU Antrag. Aber, egal, es geht hier um die Sache und ich freue mich, wenn die Natur von Hövelhof das Bisschen bekommt.

Auch unserem Antrag für das Thema Flächenüberprüfung für erneuerbare Energie haben sie erst stattgegeben, dann verändert und beschlossen. Komische Vorgehensweise. Jetzt fehlen gewisse Flächen im Antrag.

Auch für die Unterstützung der Fahrten der Arbeitslosen zum Standort in Ostenland haben sie kein Geld, dass nochmal zum Thema Moral. Der Betrag wäre im Haushalt gar nicht aufgefallen.

Ich könnte jetzt noch vieles mehr nennen, aber nun zum letzten Punkt.

5. Letzter Punkt, Zustand der Straßen

Das Budget ist endlich angehoben worden. Es ist immer viel zu klein gewesen.

Ich habe in meiner Haushaltsrede schon im Jahre 2016 gesagt, Zitat:

Ein Beispiel. Fahren Sie in Zukunft bitte mal durch die Dr. Sonnenscheinstraße. Da brauchen sie gute Stoßdämpfer. Das einzige positive ist, dass Sie dort nicht mehr schnell fahren können, da die Straße in einem sehr schlechten Zustand ist. Aber, hier wurde z.B. in der Dr. Sonnenscheinstraße nebeneinander zweimal in einem Abstand von ein paar Metern die Straße neu gemacht bzw. geflickt. Nach meiner Nachfrage, warum denn nicht gleich auch die Lücke geschlossen bzw. neu gemacht wird, kam sicherlich aus Sicht des geringen Haushaltsbudgets die richtige Antwort, dass dafür kein Geld da ist.

Sie sparen Hövelhof in einer Niedrigzinsphase und Zeiten sprudelnder Gewerbesteuer kaputt. Zitat Ende.

Das ist 2016 gewesen und jetzt wird reagiert. Aber, der Bürgermeister hat es immer noch nicht verstanden. Straßen müssen unterhalten werden, Risse sofort beseitigt werden bzw. vor dem Frost, Schlaglöcher auch. Dafür bedarf es Geld. Dafür bedarf es Organisation.

Sollte die Abgabe der Eigentümer bleiben, was ich auf Dauer nicht hoffe, so würde ich als Eigentümer gegen die Gemeinde klagen, wenn Unterhaltungsmaßnahmen nicht gemacht wurden. Und das sind diese nicht, schauen sie sich den Zustand der Straßen an.

Die Straßen sind in einem katastrophalen Zustand.

Die Schadensaufnahme ist nie wieder gemacht worden. Doch Moment, ein Exceltabelle existiert. Wau. Das IT System ist längst veraltet und jetzt wird ein neues angeschafft. Schauen wir mal, wann es mit Daten befüllt wird. Ich sehe im Haushalt keinen Posten für die Schadensaufnahme der Straßenschäden durch externe.

Laut meinen Informationen ist auch das IT System für das Thema Baumkataster, welches mittlerweile 2 Jahre alt ist, immer noch nicht mit einem Datensatz befüllt. Eine wirkliche Aufnahme hat nicht stattgefunden. Die Schulung liegt bereits so lange zurück, das die Mitarbeiter mit der Software nicht mehr umgehen können und neu geschult werden muss. Auch hier, kostet es den Steuerzahler Geld.

So dass waren meine Punkte. Nochmal zur Erinnerung, was Sie gehört haben:

1. **Warum stimmen wir Grüne dem Haushalt nicht zu**
2. **Die katastrophale Personalpolitik und Personalführung des Bürgermeisters am Beispiel des Bauamtes**
3. **Umgang mit dem Thema Flüchtlinge in Hövelhof**
4. **Grüne Anträge und Parkplätze**
5. **Zustand der Straßen**

So, dass waren meine Worte. Ich danke allen Mitarbeiterinnen in der Verwaltung für ihre Arbeit und Ihren Einsatz und ich wünsche allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2019, und wie am Anfang ausgeführt, Danke an das ehrenamtliche Engagement aller Hövelhofer und Hövelhoferinnen.“

Für die Fraktion der FDP ergreift anschließend deren Fraktionsvorsitzender GR Klocksin das Wort und hält seine diesjährige Haushaltsrede:

**„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Berens,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse!**

Wieder wird im Haushaltsentwurf ein negatives Planergebnis ausgewiesen. Für das Jahr 2019 sollen es 1.450.761,-- Euro sein. Doch wie sicher ist dieses Planergebnis?

Die Haushalts-Planungen der Jahre 2012 bis 2019 sehen wie folgt aus:

Erträge / Aufwendungen in den Haushaltsentwürfen					
HH-Jahre	Erträge	Aufwendungen	Planergebnisse	IST-Ergebnisse	Abweichungen Plan/IST
2012	23.606.856,00 €	25.518.142,00 €	- 1.911.286,00 €		
2013	25.507.276,00 €	27.355.186,00 €	- 1.847.910,00 €	455.748,00 €	2.303.658,00 €
2014	27.516.559,00 €	29.355.802,00 €	- 1.839.243,00 €	734.623,00 €	2.573.866,00 €
2015	28.403.977,00 €	30.405.053,00 €	- 2.001.076,00 €	424.685,00 €	1.576.391,00 €
2016	32.045.648,00 €	33.085.996,00 €	- 1.040.348,00 €	3.276.138,00 €	4.316.486,00 €
2017	32.955.805,00 €	34.635.164,00 €	- 1.679.359,00 €		
2018	36.294.439,00 €	38.532.362,00 €	- 2.237.923,00 €		
2019	38.213.758,00 €	39.664.519,00 €	- 1.450.761,00 €		

Antrag zur Grundsteuerhebesatzabsenkung der FDP

Die FDP-Fraktion hat nun zum zweiten Mal in Folge versucht, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Wir haben eine moderate Absenkung der Grundsteuer-Hebesätze beantragt. Leider ist auch dieses Jahr unser Antrag abgelehnt worden. Wie die zum Anfang meiner Rede erwähnten Plan-/Ist-Abweichungen zeigen, hätte durchaus eine Entlastung der Bürger, zumindest im Bereich der Grundsteuer, erfolgen können.

Mit den der Verwaltung anvertrauten Steuermitteln sollte wirtschaftlich umgegangen werden und die Verwaltung sollte nicht mit unnötigen Tätigkeiten belastet werden.

Uns geht es darum bei vorhandenen Spielräumen den Bürger zu entlasten. Die Grundsteuerbelastungen tragen sowohl Eigentümer von Grundstücken als auch Mieter. Auch sind in den letzten Jahren die Mietnebenkosten zur zweiten Miete geworden. Auch die Grunderwerbsteuer hat den Erwerb von Grundeigentum zusätzlich erschwert. Die Umstellung auf das neue Abfallsystem trägt ebenfalls zu einer Kostenerhöhung bei.

Personalsituation

Hinsichtlich der Personalsituation sind wir der Meinung, dass die Gemeinde Hövelhof in einigen Bereichen über eindeutig zu wenig Personal verfügt: Bauamt, Gemeindegemeinschaft sowie die Betreuung der Flüchtlinge sind mit minimaler Kapazität besetzt. Es besteht zu wenig Spielraum, um auch einmal kreative Lösungsansätze einzubringen und wir sind der Meinung, dass dies zu erhöhtem Krankenstand und zu Lasten des Betriebsklimas geht. Eine Verwaltungsmodernisierung mit diesen knappen Personalressourcen wäre undenkbar.

Personalrat

Negativ bewerten wir den Text in der Einladung zur Personalversammlung, in dem die Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollte. Wie ist das zu erklären? Da die Gewerkschaften Tarifverträge aushandeln und über kostengünstige Möglichkeiten verfügt, Personalräte im Bereich des Dienstrechts zu begleiten und zu unterstützen, kann dies nur ein Text sein, der den Mitarbeitern von ganz oben in die Feder diktiert wurde.

Auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Einladung zur Mitarbeiterversammlung eine vorgeschobene Veranstaltung war. Auch die Politik hat ein Interesse daran, dass die Gemeinde einen Personalrat hat und darf das auch zum Ausdruck bringen. Das Mitarbeiter in der Einladung zur Mitarbeiterversammlung einen Personalrat ohne Gewerkschaft fordern, ist für uns äußerst befremdlich. Die Gewerkschaften unterstützen die Personalräte und Mitarbeiter. Auch das ist für uns ein Hinweis darauf, dass die Einladung zur Mitarbeiterversammlung nicht eine Initialzündung aus der Mitarbeiterschaft war. Auch können wir uns nicht vorstellen, dass die Mitarbeiter etwas dagegen haben, wenn die Politik sich für sie einsetzt. Der Gipfel allerdings war, dass man uns in der HFA-Sitzung vorgeworfen hat, wir würden mit der Erhöhung des Planansatzes für den Personalrat eine Prämie ausloben.

Viele Mitarbeiterinnen in den Kindergärten verfügen lediglich über befristete Verträge, obwohl eine Planung der Kapazität z.B. in den Kindergärten durchaus möglich ist. Die Verwaltung weiß genau, dass in den nachfolgenden Jahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten benötigt werden. Wir fragen uns, warum die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine unbefristeten Verträge erhalten. Auch werden die

Mitarbeiter viel zu spät über die Verlängerung von befristeten Verträgen informiert. Verfolgt man die Berichterstattung in den Medien, soll es zur Zeit schwierig sein, qualifiziertes Personal zu bekommen. Warum bindet man das vorhandene Personal nicht, indem unbefristete Verträge geschlossen werden? Und warum lässt man die Familien bis zur nächsten Vertragsverlängerung im Unklaren? Dies führt zu keinem guten Betriebsklima und mindert die Motivation. Gerade der öffentliche Dienst sollte in diesem Bereich mit einem guten Beispiel vorangehen und Verantwortung für die Mitarbeiter übernehmen.

Absage des verkaufsoffenen Sonntages

Das Gewerkschaften und Personalräte der CDU in Hövelhof ein Gräuel sind, hat sich auch hinsichtlich der Absage des verkaufsoffenen Sonntages gezeigt. Hier ist den Gewerkschaften die Schuld für die Absage in die Schuhe geschoben worden. Die Hövelhofer ordnungsbehördliche Verordnung stammt aus dem Jahr 2007 und hätte rechtzeitig angepasst werden können. Andere Verwaltungen haben dies getan, auch im unmittelbaren Umfeld der Gemeinde Hövelhof. Auch die Beobachtung der Rechtsprechung hätte man nutzen können.

Marketingaufwendungen

Die geplanten Marketingaufwendungen sollen auch 2019 erneut steigen. Im Haushaltsplan weist die Verwaltung für 2019 einen Planansatz für die ordentlichen Aufwendungen im Bereich des Marketings in Höhe von 393.353,-- Euro aus. Im Vergleich zum Ansatz 2018 ist dies eine Steigerung um 2,94%. Betrachtet man die Jahre zuvor, so ergeben sich die folgende Steigerungsraten:

Marketing		
HH-Jahre	Aufwendungen	Prozentsätze
2010	223.204,00 €	-13,73
2011	192.569,00 €	24,90
2012	240.526,00 €	17,71
2013	283.117,00 €	-1,90
2014	277.726,00 €	3,47
2015	287.352,00 €	14,49
2016	328.984,00 €	5,74
2017	347.871,00 €	
Mittelw 2010-2017		
Ges 2010-2017	2.181.349,00 €	7,24

Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung für die Haushaltsjahre 2010 bis 2017 in Höhe von 7,24%.

Marketing ist notwendig – jedoch nicht in diesem Umfang! Die FDP-Fraktion fordert seit mehreren Jahren die Kosten für das Marketing zu minimieren.

Dass die Gemeinde Hövelhof kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen muss, ist der guten Konjunktur und den hervorragenden Steuereinnahmen geschuldet und nicht den Sparanstrengungen von Verwaltung und Politik der CDU.

Die geplanten Zuschüsse belaufen sich für 2019 auf einen Gesamtbetrag von 1.871.926,-- Euro. Auch in diesem Bereich sind keine Einsparungen zu erkennen. Auch für das Jahr 2019 können wir keine Entlastung oder Sparanstrengung der Verwaltung erkennen.

Schule und Kindergärten

Teilstandort Gesamtschule: Zukunftsfähige Schulkonzepte fehlen. Auch hier ist wenig Kreativität und Mut sichtbar, sich auf veränderte Bedingungen einzustellen.

Feinstaub-Messung am Kiga: Einer christlichen Partei sollte das Wohl der Kinder am Herzen liegen. Mit der Ablehnung der beantragten Feinstaubmessung sind Kosten gespart worden auf Kosten der Gesundheit der Hövelhofer Kinder.

Infrastrukturvermögen

Hinsichtlich der Inventur konnten wir genügend Druck aufbauen, um die nicht durchgeführte körperliche Bestandsaufnahme und das Straßenkataster wieder zum Leben zu erwecken. Hier geht es uns auch um Planungssicherheit. Kommunen haben auch die Infrastruktur zu erhalten. Deshalb ist es auch wichtig für die Finanzplanung zu wissen, mit welchen Instandsetzungsarbeiten in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

Elementar ist, dass die Aufwendungen für Abschreibungen reinvestiert werden, damit das vorhandene Infrastrukturvermögen der Gemeinde, insbesondere die Straßen, erhalten bleibt und den Bürgern in einer guten Qualität zur Verfügung steht. Während der Bürger sich für die verausgabten Marketing-Aufwendungen nichts kaufen kann, werden die Straßen von den Bürgern jeden Tag benutzt. Hier ist in den letzten Jahren zu wenig getan worden. Die unterlassene Straßeninventur hat dazu geführt, dass der Zustand unseres Infrastrukturvermögens ungewiss ist und nur bei akutem Bedarf repariert wird.

Krollbachaula

Die Kosten für die Aula der Krollbachschule sind der FDP-Fraktion eindeutig zu hoch gewesen. Die Benutzungsordnung ist aus unserer Sicht eine mittlere Katastrophe. Die Texte für die Nutzung weichen im Vergleich von der HÖT-Satzung ab und auch eine politische Partei kann nicht nichtpolitisch sein. Die FDP-Fraktion hatte in einem Antrag vorgeschlagen, einen Infoterminal zur Krollbachaula durchzuführen um die Bürger und potentielle Veranstalter auf die Aula aufmerksam zu machen. Auch dies wurde von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Gewerbepark Senne GmbH:

Über die Entwicklung der Gewerbepark Senne GmbH haben Sie bislang als Aufsichtsratsvorsitzender nicht viel berichtet. Der Jahresabschluss liegt nicht fristgemäß vor und konnte nicht in den Gesamtabschluss der Gemeinde integriert werden. Hinweisen möchte ich darauf, dass der Jahresabschluss für kleine Kapitalgesellschaften spätestens innerhalb der ersten sechs Monate des nachfolgenden Geschäftsjahres aufzustellen war. Es wäre auch Ihre Aufgabe als Aufsichtsratsvorsitzender diese Verspätung zu rügen.

gpa-Prüfung

Die Prüfungsfeststellungen der gpa haben Sie mehrmals kritisiert. Wir sehen dies jedoch völlig anders. Die gpa-Prüfung stellt eine Chance dar, Verwaltungsabläufe unter Berücksichtigung von Vorschlägen Dritter, die den unverstellten Blick von außen haben, zu optimieren.

Leider haben Sie mit Ihren Äußerungen zur gpa-Prüfung ein Signal für den Stillstand gegeben. Das passt aber nicht in unsere Zeit und hilft auch nicht weiter. Ohne eine Modernisierungsoffensive in unserer Verwaltung werden Ertragspotenziale nicht ausgeschöpft und eine Ausgabenkritik nicht erfolgen.

Zuschüsse

Die Zuschüsse an Vereine werden auch 2019 wieder steigen. Zwar unterstützen wir damit das Ehrenamt doch sollte man nicht vergessen, dass es in schlechteren Zeiten schwierig ist, diese Aufwendungen zu minimieren.

IT-Ausstattungskonzept:

In diesem Konzept fehlt uns die Software. IT-Ausstattung ohne Software ist wie ein Wagen ohne Kraftstoff. Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht gewesen, auch die Softwareausstattung der Schulen konzeptionell zu planen und die Schulen einzubeziehen. Für uns ist fraglich, ob die Schulen zukünftig auch für den Unterricht die benötigte Software haben. Software für den Mathematik-Unterricht oder für die Ausbildung der Schüler im Bereich der Standardsoftware. Auch ist fraglich, ob die Lehrer über die notwendige Qualifikation hierfür verfügen. Hier hätte aus unserer Sicht ein integriertes Konzept Sinn gemacht.

Hallenbad:

Die FDP hat sich mit ihrem Antrag zum Hallenbad für einen Neubau ausgesprochen. Wir möchten nicht gutes Geld schlechtem hinterherwerfen. Jeder Euro, der noch in dieses Hallenbad gesteckt wird, ist aus unserer Sicht eine nichtvorteilhafte Investition. Das Zinsniveau ist zurzeit äußerst niedrig. In der Zukunft ist mit steigenden Zinsen zu rechnen.

Auch Förderprogramme für den Neubau stehen zur Verfügung. Eine Bürgerbeteiligung beim Neubau ist uns wichtig und anzustreben. Nur so können die Bedürfnisse unserer Bürger ermittelt und gedeckt werden.

Kreismusikschule:

Ein Beitritt hätte den Hövelhofer Eltern und Kindern einen Mehrwert gebracht. Außerdem hätte man die Vereine hinsichtlich einer nicht vollumfänglich im Ehrenamt zu erbringenden Tätigkeit entlastet. Die musikalische Ausbildung der Kinder hätte gefördert werden können.

Rathaus Infos – Eine Gemeinde betätigt sich publizistisch

Unser Bürgermeister betätigt sich neuerdings auch als Herausgeber eines Info-Blattes. Wir haben uns gefragt, welches Ziel damit verfolgt werden soll. Denn die Außendarstellung könnte die Gemeinde, wie in der Vergangenheit, kostenlos durch eine gute Pressearbeit erreichen.

Seit Oktober 2018 geben Sie als Bürgermeister der Gemeinde die Rathaus-Infos heraus.

Welche Kosten entstehen dafür? Wie stark sind die Mitarbeiter eingebunden? Wer ist redaktionell dafür verantwortlich? Bislang haben Sie in diesem Blättchen über anstehende Bauprojekte berichtet. Mit welchen Themen dürfen wir 2020 zur Kommunalwahl rechnen? Auch in diesem Bereich sind Steuermittel verausgabt worden, die sinnvoller investiert werden könnten z.B. in die Bildung unserer Kinder in den Kindergärten oder Schulen.

Sieht so die Pressearbeit des Bürgermeisters aus? Traut man sich keine Pressearbeit mehr in der lokalen Presse zu? Oder ist es die Angst vor Kritik die hier sichtbar wird? Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Information in der Presse und möchten nicht durch einseitige Darstellungen durch den Bürgermeister informiert werden.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich aus dem Personalvertretungsgesetz und der Gemeindeordnung/Gemeinde-Haushaltsverordnung zitiert. Dieses Jahr empfehle ich Ihnen einen Blick in das Pressegesetz zu werfen:

in § 3 Öffentliche Aufgabe der Presse

Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, dass sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.

und

in § 4 Informationsrecht der Presse

(1) Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.

Ziele, Kennzahlen und Kosten- und Leistungsrechnung

Nach wie vor haben wir in unserem Haushaltsplan keine eindeutigen Ziele und Kennzahlen. So kann nicht geprüft werden, ob die Verwaltung erfolgreich war. Das ist intransparent. Nach wie vor vermissen wir eine Kosten- und Leistungsrechnung die die Kosten den einzelnen Kostenstellen und Produkte innerhalb der Verwaltung verursachungsgerecht zurechnet und Optimierungsbedarf sichtbar machen würde.

Gewerbepark Senne GmbH

In ihrer Haushaltsrede haben wir zur Gewerbepark Senne GmbH gehört, dass wir auf einem guten Weg sind. In erster Linie wird hier erst einmal ein hoher Kreditbetrag aufgenommen, der aus dem kommunalen Haushalt ausgelagert wurde. Der Jahresabschluss ist bislang noch nicht erstellt worden und konnte in den Gesamtabschluss der Gemeinde nicht integriert werden. Obwohl es sich um eine kleine GmbH handelt, ist der Abschluss bislang noch nicht erstellt worden, so dass über einen Erfolg noch nicht gesprochen werden kann.

Auch die übernommene Bürgschaft für die Gemeinde Augustdorf sehen wir nach wie vor kritisch.

Kosten- und Leistungsrechnung

Nach wie vor haben wir keine Kosten- und Leistungsrechnung in der Kernverwaltung, sowie keine Ziele und Kennzahlen die als solche bezeichnet werden könnten. Ob die Verwaltung und die Politik der CDU erfolgreich waren, kann so nicht effektiv überprüft werden. Denn letztendlich ist in dem vorliegenden Haushaltsplan die Politik der CDU festgeschrieben. Anträge der anderen Parteien wurden durch die CDU konsequent abgelehnt.

Bürgerorientierte Verwaltung, die nicht bei jeder Idee anmahnt, dass sie überlastet ist, sondern die auch mal aus Bürgersicht überlegt, wie man Abläufe, Vorgaben, Administration bürgernah einfach und möglichst digital organisiert sollten die Regel sein.

Kooperation und Zusammenarbeit

Zusammenarbeit bzw. Kooperation konnte man von Anfang an in diesem Rat mit der Lupe suchen.

Mit Ihrer Fußballkooperation 1 und mit der Fußballkooperation 2 haben Sie erneut bewiesen, dass elementare Entscheidungen nicht mit den dafür vorgesehenen Gremien besprochen und beraten werden. Daher bezeichne ich diese Kooperationen als „Ihre Kooperation“. Ich bin zwar kein Fußballfan aber auch als Nicht-Experte weiß ich, dass eine Kooperation mit zwei Vereinen kein gutes Signal sein kann.

„Über sieben Brücken musst du gehen – sieben dunkel Jahre überstehen, sieben Mal wirst du die Asche sein, aber einmal kommt der helle Schein.“ Mit diesem Zitat haben Sie dieses Jahr Ihre Rede zur Einbringung des Haushaltes beginnen lassen. Sieben Brücken, die Sie auch dieses Jahr nicht gebaut haben! Auf den hellen Schein hoffen wir noch!

Die FDP-Fraktion wird auch dieses Jahr aus den vorgenannten Gründen den Haushalt ablehnen.

Abschließend möchten wir der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für ihre Arbeit und Mühen im Rahmen der Haushaltsaufstellung danken. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.“

Nach Abschluss der Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden ergibt sich keine weitere Diskussion. Daraufhin fast der Gemeinderat bei fünf Nein-Stimmen folgenden Mehrheitsbeschluss:

- A. Der Stellenplan 2019 wird beschlossen.
- B. Der Wirtschaftsplan für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Abwasserwerk der Sennegemeinde Hövelhof" wird gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung NRW wie folgt festgestellt:

**WIRTSCHAFTSPLAN
des Abwasserwerkes
der Sennegemeinde Hövelhof
für das Wirtschaftsjahr 2019**

Aufgrund der §§ 107 Abs. 2 Satz 2 i.V. mit § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Zt. gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 14 ff. der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Sennegemeinde Hövelhof mit Beschluss vom _____ folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 festgestellt:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr **2019** wird

im **Erfolgsplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	1.874.600 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.055.700 €

im **Vermögensplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	1.240.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	1.240.000 €

festgesetzt.

Der Erfolgsplan schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 181.100 € ab.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung im Wirtschaftsjahr 2019 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 € festgesetzt.

Hövelhof, den

Bürgermeister

Schriftführer

- C. Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Wasserwerk der Sennegemeinde Hövelhof" wird gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung NRW wie folgt festgestellt:

WIRTSCHAFTSPLAN des Wasserwerkes der Sennegemeinde Hövelhof für das Wirtschaftsjahr 2019

Aufgrund der §§ 107 Abs. 2 Satz 2 i.V. mit § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Zt. gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 14 ff. der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der. z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Sennegemeinde Hövelhof mit Beschluss vom _____ folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 festgestellt:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr **2019** wird

im **Erfolgsplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	805.500 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	864.510 €

im **Vermögensplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	305.550 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	305.550 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	35.084.816 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	36.311.617 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.575.667 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	5.129.890 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	878.133 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.055.568 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf **1.450.761 EUR**

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 5.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	209 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	413 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	411 v.H.

§ 7

Haushaltssicherungskonzept

entfällt.

§ 8

Überplanmäßige/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Bei der Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Sinne der §§ 83 Abs. 2 bzw. 85 Abs. 1 GO NRW gelten als nicht erheblich:

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung.
2. Interne Verrechnungen, kalkulatorische Kosten und Abschlussbuchungen.
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis einschließlich 15.000 EUR je Produkt, darüber hinaus bis einschließlich 15.000 EUR für Investitionen soweit sie nicht unter 1. und 2. fallen.
4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen auf Grund von Umschichtungen zwischen konsumtiven Maßnahmen und investiven Maßnahmen und umgekehrt.
5. Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis einschließlich 100.000 EUR soweit sie nicht unter 1. fallen.

Hövelhof, den

Bürgermeister

Schriftführer

--- --- ---

Im Anschluss an die Beschlussfassung informiert Frau Schäfer-Schlichting, dass erstmalig im kommenden Kindergartenjahr nicht jedes Kind einen Betreuungsplatz bekommen kann, so dass der Bedarf für die Errichtung eines neuen Kindergartens vorliegt. Aktuell wären ca. 16 bis 17 U2 und U3 Kinder betroffen. In den vergangenen Jahren sei es immer gelungen, zusammen mit dem Angebot der Tagespflege, alle Kinder aufzunehmen. Dies sei im nächsten Kindergartenjahr nicht mehr gewährleistet. Neben der Standortfrage sei die Frage

der Trägerschaft zu beantworten. Dazu führe der Kreis Paderborn ab dieser Woche ein Interessenbekundungsverfahren durch.

--- --- ---

Die Hutsammlung zu Gunsten des Vereins Wasser für Labgar e. V.. unter den Ratsmitgliedern, den Verwaltungsmitarbeitern und Besuchern der Ratssitzung ergibt eine Spende in Höhe von 539 €.

Hövelhof, den 20.12.2018
Der Bürgermeister
i.A.